

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Wohnungslose als Opfer rechter Gewalt

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen,

in diesen Wochen jähren sich die Todestage des 20-jährigen Rick L., des 18-jährigen Marcel W. und des 50-jährigen Hans-Joachim S. Die drei Männer starben in den ersten drei Augustwochen des vergangenen Jahres in Magdeburg, Bernburg und Dessau. In allen Fällen wurden bekennende Rechte als Täter verurteilt. Dennoch ist lediglich Rick L. in den offiziellen Statistiken als Opfer rechter Gewalt erwähnt.

Insbesondere im Fall des am 1. August 2008 durch brutale Misshandlungen von zwei rechten Schlägern getöteten Hans-Joachim S. in Dessau bleibt es unverständlich, warum der Mord an dem 50-Jährigen nicht als politisch rechts motivierte Gewalttat gewertet wird. Die Täter hatten den psychisch beeinträchtigten Mann, der in einer Einrichtung für Betreutes Wohnen in Halle lebte, getötet, als er auf einer Park-

bank schlief. Sie hatten ihn offensichtlich als Obdachlosen eingestuft.

Weil Wohnsitz- und Obdachlose kaum Zugang zu Hilfsangeboten finden und wenig politische Lobby haben, gehen ExpertInnen wie Weresa Rosenke von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (Interview auf den S. 4 und 5) von einem großen Dunkelfeld nicht erfasster Gewalttaten aus. Obwohl in den Kriterien für politisch motivierte Kriminalität explizit betont wird, dass auch in Fällen, in denen die „Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters“ darauf schließen lassen, dass sie sich „gegen eine Person aufgrund ihres gesellschaftlichen Status“ richtet, von einer politisch rechten Motivation auszugehen sei. Verachtung für Obdachlose ist zudem gesellschaftlich weit verbreitet: Regelmäßig erklären bei Umfragen ein Fünftel aller

Befragten, es gäbe „lebenswerteres“ und „nicht so wertvolles Leben“. Um die Wahrnehmung für die Situation wohnungsloser und gesellschaftlich randständiger Betroffener rechter Gewalt zu schärfen, ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe entstanden. Zumal ein Ende der tödlichen Dimension rechter Gewalt nicht in Sicht ist: In Dresden starb im Juli diesen Jahres die 31-jährige Apothekerin Marwa El Sherbiny an den tödlichen Messerstichen eines rassistischen Überzeugungstäters.

Unser Ziel ist es, alle Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt und deren Angehörige effektiv zu unterstützen. Dafür sind wir auf Ihre und Eure Hilfe angewiesen – wie im Fall von Aliou S. (s. S. 6). Unser Dank gilt allen, für die praktische Solidarität – nicht nur in diesem Fall – selbstverständlich ist. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Einige rechts und rassistisch motivierte Angriffe aus dem Frühjahr 2009:

22. Februar/Halle

Nach einem Fußballspiel des Halle-schen FC wird ein 28-jähriger Flüchtling aus Burkina Faso in einer Straßenbahn von zwei alkoholisierten Männern angegriffen. Die Täter schlagen mit einem Stein und Fäusten zu. Die beiden Angreifer, 29 und 37 Jahre alt, werden vorläufig festgenommen. Der Staatsschutz ermittelt.

14. März/Halle

Ein 32-jähriger Tunesier wird morgens in einer Straßenbahn von zwei Mitfahrenden rassistisch beleidigt und von einem der beiden geschlagen. Nachdem die Angreifer die Bahn verlassen haben, fahren sie mit einem Taxi davon.

22. März/Schkopau (Saalekreis)

Nahe des Bahnhofs wird gegen halb sechs morgens ein junger Linker von zwei augenscheinlich Rechten angegriffen. Nachdem die Unbekannten ihn angesprochen haben, schlagen sie ihm ins Gesicht. Als der Betroffene bereits gestürzt ist, tritt ihm einer der Angreifer noch gegen die Brust. Die Täter flüchten.

Vor Gericht I:

Überholte Vorstellungen von rechten Erscheinungsformen

Am 19. Mai 2009 verurteilte die 2. Jugendkammer am Landgericht Magdeburg den bekennenden und einschlägig vorbestraften Neonazi Bastian O. zu acht Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags und Diebstahls. Nach 15 Verhandlungstagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit sah es das Gericht als erwiesen an, dass der 19-Jährige den angehenden Kunststudenten Rick L. in der Nähe der Diskothek „Fun Park“ in Magdeburg so brutal misshandelte, dass er noch am Tatort starb.

Die Kammer führte in ihrer Urteilsbegründung detailliert aus, der Angeklagte habe auch in der Tatnacht seine rechte Einstellung und Gewaltbereitschaft offensiv zur Schau gestellt. Bastian O. hatte trotz mehrmaligen Verbots durch den Sicherheitsdienst der Diskothek immer wieder seine Hosenbeine über die geschnürten Springerstiefel gekrem-pelt und wurde deshalb schließlich der Diskothek verwiesen. In unmittelbarer Nähe des „Fun Park“ stieß Bastian O. dann auf Rick L.. Dem Gericht ließ er über seinen Verteidiger erklären, er habe Rick L. aufgefordert, ihm eine Zigarette zu geben. Dass Rick L. ihn daraufhin als „Hobbynazi“ bezeichnet haben soll, konnte die Kammer nicht ausschließen. Der Angeklagte habe sich dadurch abgewertet gefühlt und aus Rache mit Quarzhandschuhen zugeschlagen und mit Springerstiefeln zugetreten – bis zur völligen Unkenntlichkeit seines Opfers.

Neonazi ohne Parteibuch

Unverständlich bleibt, warum die Kammer die Auffassung vertrat, die bei dem Angeklagten festgestellten „Kontakte zu rechts gerichteten Personen“ und seine Tätowierungen mit nationalsozialistischen Symbolen als Ausdruck seiner rechten Einstellung hätten mit der Tat nichts zu tun gehabt. Nach Ansicht der Richter erfolgte der tödliche Angriff „spontan aus der Begegnung“. Ebenso unverständlich war der Verweis des Vorsitzenden Richters, es seien bei dem Angeklagten keine Hinweise auf eine Betätigung in „natio-

nalsozialistischen Organisationen“ gefunden worden. Es blieb unklar, ob dem Gericht unbekannt ist, dass nationalsozialistische Organisationen in der Bundesrepublik seit 1945 verboten sind.

Insgesamt ignorierte die Kammer den Zusammenhang zwischen dem menschenverachtenden Weltbild des Angeklagten – in dem Menschen das Lebensrecht abgesprochen wird, die als „minderwertig“, „schwach“ oder vermeintliche politische Gegner abgewertet werden – und dessen Anwendung entgrenzter Gewalt. Dementsprechend wollte das Gericht auch keine sonstigen so genannten niedrigen Beweggründe für die Gewalttat erkennen, die zwingend zu einer Einstufung der Tat als Mord geführt hätten.

Richter ohne Hintergrundwissen

Auch im Prozess um den Totschlag an dem 18-jährigen Marcel W. am 24. August 2008 in Bernburg, der ebenfalls vor der 2. Jugendkammer am Landgericht Magdeburg verhandelt wurde, offenbarten die Richter mangelndes Wissen um aktuelle Erscheinungsformen der extremen Rechten: In der öffentlichen Verhandlung gegen den zur Tatzeit 19-jährigen bekennenden Neonazi David B. fragte ein beisitzender Richter zu Prozessbeginn eine Zeugin, die in der Tatnacht mit dem Angeklagten gefeiert hatte, ob sie in „nationalsozialistischen Organisationen“ aktiv sei.

Dazu wolle sie nichts sagen, wenn sie nicht müsse, war die Antwort der Zeugin, die sich und den Angeklagten zuvor selbstbewusst als „überzeugte Nationalsozialisten“ bezeichnet hatte. Die Richter verzichteten darauf, diesbezüglich weitere Fragen zu stellen. Am 26. Juni verurteilte das Landgericht David B. wegen Totschlags ebenfalls zu einer Jugendstrafe von acht Jahren – und verneinte explizit einen rechten Hintergrund für die Tat. ■

Tatmotiv: Hass auf „Asoziale“

Viele Freunde der Angeklagten gaben sich erst gar keine Mühe, ihre Sympathien für die rechte Szene zu verbergen: Als das Landgericht Dessau am 17. April 2009 die beiden bekennenden Rechten Sebastian K. (24) als Haupttäter wegen Mordes zu lebenslanger Haft und seinen Mittäter Thomas F. (34) zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilte, drängten sich auf den Zuschauerbänken Thor-Steinar-Jackenträger sowie mit einschlägigen rechten Symbolen tätowierte und offensichtlich restalkoholisierte Besucher einträchtig nebeneinander.

Mit Hans-Joachim S., der aufgrund einer psychischen Erkrankung in einer betreuten Wohneinrichtung in Halle/Saale lebte und oft mit Regionalzügen umherreiste, hatten Sebastian K. und der alkoholranke Thomas F. am 1. August 2008 kurz nach Mitternacht ein „hilfloses und ihnen offensichtlich unterlegenes Opfer“ gefunden, wie der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung ausführte. Hans-Joachim S. hatte sich auf einer Parkbank vor dem Dessauer Hauptbahnhof zum Schlafen hingelegt und dafür teilweise entkleidet, als die beiden stark alkoholisierten Rechten ihn entdeckten. Gezielt und mit äußerster Brutalität prügeln und traten sie auf ihr augenscheinlich wehrloses Opfer ein. Zudem schlug der 24-jährige K. nach Überzeugung des Gerichts mehrfach mit einem fünf Kilogramm schweren Metallabfalleimer auf Kopf und Oberkörper des am Boden Liegenden ein – so lange, bis Hans-Joachim S. u.a. mit unzähligen Knochenbrüchen am ganzen Körper verstarb.

Auf die langjährigen Haftstrafen reagierten die Angeklagten und auch einige Zuschauer mit Unmut: So warf Sebastian K. die Rechtsmittelbelehrung gegen das Urteil einfach weg – und provozierte damit einen Wutanfall des Vorsitzenden Richters.

Sowohl der Mord an Hans-Joachim S. als auch K.'s Reaktion auf seine Verurteilung werfen ein Schlaglicht auf ein Segment zu-

meist junger Männer, die von frühester Jugend an in rechten Cliquen sozialisiert werden und bei denen rechte Einstellungsmuster die einzigen Normen für ihr Verhalten darstellen. Viele derart sozialisierte Rechte gehen offenbar davon aus, dass sie strafrechtlich nicht für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden – und beharren auch in einem laufenden Strafverfahren auf ihren Dominanzvorstellungen. Sebastian K. hatte unmittelbar nach seiner Verhaftung gegenüber Polizeibeamten mit seiner Thor-Steinar Kleidung angegeben: diese sei „sehr teuer“ und die Beamten könnten sich diese Kleidung „gar nicht leisten“. Laut Aussagen eines Mithäftlings vor Gericht hatte K. zudem in der Untersuchungshaft mit der Tat geprahlt: „Der war doch asozial. Der hat es nicht anders verdient“.

Ausstieg pünktlich zum Prozess

Auch bei K.'s zehn Jahre älterem Mittäter, Thomas F., wurde im Laufe des Prozesses ein Faible für Thor-Steinar Jacken und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bekannt. F. war nach Zeugenaussagen seit den frühen 1990er Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv. Bei der Festnahme entdeckten Polizeibeamte auf den Handys der Angeklagten Hakenkreuze, die Parole „Juden sind unser Unglück“ und indizierte Musik der Neonazi-Bands „Sturmwehr“ und „Zillertaler Türkenjäger“. Dennoch behaupteten beide Angeklagte im Prozess, sie hätten sich von der rechten Szene losgesagt.

Eine „tiefe innere Miss- und Verachtung“ für ihr Opfer und ein „Gefühl der Überlegenheit“ gegenüber dem 50-Jährigen, der in ihren Augen ein „Penner“ und „Asozialer“ gewesen sei, stellte die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer als Motiv fest. Diese Einstellungen seien auf die rechten Grundüberzeugungen der Angeklagten zurückzuführen. In den offiziellen Statistiken ist Hans-Joachim S. jedoch bis heute nicht als Opfer rechter Gewalt vermerkt. ■

5. April/Calbe (Saale)

Beim Besuch einer Party werden drei junge Männer am frühen Morgen von anderen Gästen als „Zecken“ beleidigt; einer von ihnen wird gehohlet.

Als die Drei die Party verlassen wollen, werden sie vor der Gaststätte von ca. 20 Personen angegriffen und verletzt. Erst als eine junge Frau verbal interveniert, können die Betroffenen flüchten.

11. April/Halberstadt

Während des Osterfeuers auf der Jahnwiese wird ein Punk mit „Nazis raus“-T-Shirt vor den Augen seiner Mutter aus einer Gruppe Rechter heraus beleidigt und geschlagen. Als immer mehr Rechte einen Halbkreis um die beiden bilden, leert sich der Platz rund um den zuvor gut besuchten Bierstand schlagartig. Der 15-Jährige wird weiter bedroht. Bevor die alarmierte Polizei eintrifft, entfernt sich die Gruppe. Später trifft der Jugendliche erneut auf mehrere Rechte, die ihn wiedererkennen. Er rennt sofort weg, wird aber eingeholt. Als er am Boden liegt, treten mehrere Angreifer auf ihn ein. Ein Freund des Betroffenen informiert mit seinem Handy die Polizei. Als diese kurz darauf ankommt, flüchten die Angreifer. Anstatt deren Verfolgung aufzunehmen, bestehen die Beamten darauf, zuerst die Personalien der Betroffenen aufzunehmen. Der 15-Jährige muss ambulant behandelt werden.

Am frühen Nachmittag stecken zwei Rechte in einem überwiegend von MigrantInnen bewohnten Haus in der Innenstadt einen Kinderwagen in Brand. Einer zwölfköpfigen irakischen Familie gelingt es, das Haus zu verlassen. Drei weitere Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren, die im ersten Stock wohnen, müssen von der Feuerwehr gerettet werden. Sie werden mit Verdacht einer Rauchgasvergiftung stationär behandelt. Wenig später ermittelt die Polizei zwei einschlägig bekannte Rechte als mutmaßliche Täter. Der 17-Jährige, der zuvor im gleichen Haus gewohnt hatte, gibt an, er habe das Feuer „aus einer gewissen Abneigung gegen Ausländer“ gelegt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt zunächst wegen Brandstiftung, dann stuft sie die Tat nur noch als „Sachbeschädigung“ ein. Die mutmaßlichen Täter sind auf freiem Fuß.

„Die Taten sprechen für blanken Hass“

Interview zu rechter Gewalt gegen Obdach- und Wohnungslose

Werena Rosenke ist stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) mit Sitz in Bielefeld. Die BAGW organisiert einerseits den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis in Bezug auf die Unterstützung von Wohnungslosen. Andererseits versteht sie sich als parteiliche Lobbyorganisation für eine gesellschaftliche Minderheit, deren Anliegen buchstäblich verdrängt werden.

Am 1. August 2008 töteten zwei Rechte in der Parkanlage vor dem Dessauer Hauptbahnhof Hans-Joachim S. Der 50-Jährige hatte in einer betreuten Wohneinrichtung in Halle gelebt und sich unterwegs zum Schlafen auf eine Parkbank gelegt. Wie viele Tötungsdelikte an Obdachlosen, sozial Randständigen und als wohnungslos Wahrgenommenen registrieren Sie jährlich?

Es gibt keine sichere Erhebung. Auch wir werten nur Presseberichte aus, daher sind unsere Zahlen sicher nur die Spitze des Eisbergs. Wir haben von 1989 bis 2005 143 Tötungsdelikte gegen Wohnungslose durch Täter von außerhalb dokumentiert und 157 Tötungen innerhalb der Wohnungslosenszene. Hinzu kommen 301 schwere Körperverletzungen von Tätern von außerhalb. Innerhalb der Szene wurden 97 Fälle von Körperverletzung in den Medien aufgenommen. In den Jahren zwischen 1989 und 1994 waren die Zahlen höher, da haben wir zehn bis 14 Fälle pro Jahr gezählt. Seit Ende der 1990er Jahre registrieren wir jährlich zwischen vier und neun Fälle.

Welche Informationen haben Sie über die Opfer? Und aus welchen Kreisen kommen die Täter?

Die Opfer sind überwiegend ältere, wohnungslose Männer. Sie fallen ihren Peinigern auf Parkbänken, an Bushaltestellen oder Picknickplätzen in die Hände. Die Betroffenen sind zwischen 40 und 60 Jahren alt, bei den Lebensumständen ist das schon ein höheres

Alter. Oft sind sie körperlich geschwächt und damit leichte Opfer. Die Täter dagegen sind überwiegend junge Männer zwischen 19 und 29 Jahren. Sie agieren – besonders seit den 1990er Jahren – meist in Gruppen und überfallen ihre Opfer oft während diese schlafen, also noch hilfloser sind. In seltenen Fällen sind junge Frauen beteiligt, allerdings erst seit kurzem. Ihrem Outfit nach sind die Täter oft der rechten Szene zuzuordnen, ohne dass sie dort zwangsläufig organisiert sind.

Wie steht es mit den Dunkelfeldern, wenn es um Gewalt gegen (scheinbar) Wohnungslose und sozial Randständige geht, insbesondere auch bei Gewalt gegen Frauen, die als sozial randständig wahrgenommen werden?

Hier gehen wir davon aus, dass das Dunkelfeld extrem hoch ist, gerade bei Gewalt gegen Frauen. Wir wissen, dass ein sehr großer Anteil der wohnungslosen Frauen sexuell missbraucht wurde. Diese Taten geschehen einerseits während der Wohnungslosigkeit, liegen aber auch davor. Denn viele Frauen leben auf der Straße, weil sie versucht haben, einer Situation zu entgehen, in der sie sexuell missbraucht worden sind. Wie auch bei nicht Wohnungslosen kommen Vergewaltigungen selten zur Anzeige und tauchen noch seltener in Presseberichten auf. Wichtige verlässliche Studien gibt es leider nicht.

Immer wieder sind es rechte Cliquen, die ganz offen damit prahlen, „Penner zu klatschen“. Dennoch ist in den ohnehin wenigen Gerichtsurteilen selten die Rede davon, dass es sich um politisch rechts motivierte Gewalt handelt. Wenn offensichtlich Rechte wie in Dessau ein sozial randständiges Opfer verletzen oder töten, welche Einstellungsmuster sehen Sie bei den Tätern?

In den Aussagen vor Gericht fällt immer wieder erschreckend auf, dass es kein Tat auflösendes Motiv gibt. Die Täter „hatten ein-

fach Lust, den Penner zusammenzuschlagen“. Dabei sind die Taten extrem brutal und demütigend, so dass man schon von Folter sprechen muss. Die Opfer werden angezündet, Zigaretten werden auf ihrem Körper ausgezündet, die Schädel mit Baseballschlägern zertrümmert. Neu hinzugekommen ist, dass die Taten auf Video aufgezeichnet werden. Motive sind daher Menschenfeindlichkeit und blanker Hass, häufig gepaart mit rechten oder rechtsextremen Einstellungen.

Armut, soziale Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit gelten als Beweis für die Minderwertigkeit der Opfer und damit als Legitimation für die Täter.

Warum fällt es den Gerichten trotz der Reform der Erfassungskriterien so schwer, Tatmotive auch als rechts bzw. gruppenbezogen menschenfeindlich zu benennen?
Gerichte suchen oft nach eindeutigen Beweisen, etwa einer offiziellen Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation. Ist eine solche nicht nachzuweisen, wird der rechtsextreme Charakter der Tat geleugnet. Viele der Täter sind aber nicht organisiert, auch wenn sie eine rechtsextreme Gesinnung haben.

Sie haben auch festgestellt, dass Gewalt innerhalb der Wohnungslosenszene ein erhebliches Problem darstellt.

Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Das ist sicher nicht so einfach mit einem Maßnahmenkatalog zu lösen. Bei Wohnungslosen konzentrieren sich ja viele Problemfelder: Schulden, Alkohol, Traumatisierungen. Das ist ein Boden für Gewalt. Insgesamt gilt es daher, die Wohnungslosigkeit so kurz wie möglich zu halten. Einzelne Maßnahmen haben aber schon einiges bewirkt. So werden in den Einrichtungen, die in freien Trägerschaften sind, keine Mehrbettzimmer mehr vergeben. Das hilft schon, denn wenn man viele Menschen, die tatsächlich Probleme haben, zusammensteckt, ist ja klar, dass Konflikte hochkommen.

Ähnlich wie Initiativen, die sich gegen Rassismus engagieren, fordern Sie ein Ende institutioneller Ausgrenzung und Diskriminierung von sozial Randständigen. Was meinen Sie damit?

Ein Merkmal struktureller Gewalt sind die jährlichen Kältetoten. Seit 1991 sind mindestens 240 Wohnungslose in den Straßen erfroren. Andere Beispiele sind Regulierungen für Obdachlosenunterkünfte, in denen Betroffene nur dreimal pro Monat übernachten dürfen. In der übrigen Zeit sind sie gezwungen weiter zu ziehen oder schlicht auf der Straße zu übernachten. Dort finden sie aber immer weniger Orte, weil die Parkbänke so gestaltet werden, dass man nicht darauf liegen kann. Diese strukturelle Gewalt wird von der Öffentlichkeit hingenommen, als gäbe es keine Alternativen zu den Containern und Baracken oder als sei der Kältetod eben für einige unvermeidbar.

Welche kommunalen und gesellschaftspolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre haben aus Ihrer Sicht zu einer Eskalation der Gewalt gegen Wohnungslose beigetragen?

In den vergangenen Jahren ist Zug um Zug ein Klima der Ausgrenzung geschaffen worden, das den Tätern als Legitimation dient. Um das Jahr 2000 herum haben viele Bürgermeister die aus New York importierte 'Null-Toleranz'-Politik auch in ihren Städten umgesetzt und versucht, Wohnungslose aus dem Stadtbild zu entfernen. Eine solche offizielle Politik bestärkt die Täter. Momentan haben solche kommunalen Maßnahmen abgenommen, aber noch immer werden Wohnungslose ausgegrenzt und es ist nicht ausgeschlossen, dass neue Kampagnen nach dem Muster 'Unsere Stadt soll sauber werden' in Zukunft wieder hoffähig werden. Da müssen wir sehr aufmerksam sein und politisch und gesellschaftlich intervenieren.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

20. Mai/Stendal

Am frühen Morgen wird ein junger Mann im Stadtteil Stadtsee von zwei Rechten massiv mit Faustschlägen und Fußtritten angegriffen. Die Angreifer werfen zudem mit Bierflaschen nach ihm und rufen rechte Parolen. Der Betroffene muss danach im Klinikum Stendal behandelt werden.

21. Mai/Alleringersleben/Börde

Die Vatertagsfeier im örtlichen Jugendclub wird von 10 bis 15 lokal bekannten Rechten angegriffen, die in der gleichen Straße feiern. Die Angreifer legen Rechtsrock auf, fordern Bier und attackieren die Gäste. Als die Polizei eintrifft, werden der Hitlergruß gezeigt und rassistische Sprüche gerufen. Aus dem gleichen Umfeld wurde bereits Ende 2007 die Tür des Jugendclubs eingetreten.

Kurz nach 23 Uhr greifen fünf augenscheinlich Rechte zwei alternative Jugendliche an, die sich auf dem Nachhauseweg vom Soziokulturellen Zentrum Zora e.V. befinden. Die Neonazis beleidigen die beiden 15-Jährigen als „Scheiß Zecken“, die es „nicht wert sind zu leben“ und werfen eine Bierflasche nach ihnen. Einer der Jugendlichen wird von hinten zu Boden gebracht und von drei Angreifern immer wieder gegen den Hinterkopf geschlagen. Die anderen Rechten versuchen, das Fahrrad des Betroffenen gegen seinen Begleiter zu schleudern. Dann flüchten die Angreifer und nehmen das Fahrrad mit. Als die Betroffenen zwei Passanten bitten die Polizei zu rufen, entgegnet diese: „Mit euch wollen wir nichts zu tun haben“.

Let´s talk about: Rassismus

Erfahrungen mit Rassismus öffentlich machen und gemeinsam über Möglichkeiten zur Veränderung sprechen, das waren die Ziele der Konferenz „Let´s Talk about: Rassismus“, die am 26. März in Magdeburg stattfand. Eingeladen hatte die Mobile Opferberatung in Kooperation mit dem Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen. Rund 100 TeilnehmerInnen – darunter viele Flüchtlinge, MigrantInnen und schwarze Deutsche – waren der Einladung gefolgt. Das für derartige Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt besondere: für eine gleichberechtigte Teilnahme wurden Simultanübersetzungen in Englisch und Französisch sowie Flüsterübersetzungen für weitere Sprachen wie z.B. Persisch angeboten.

„Geh in dein Scheißland oder mach dein Kopftuch weg, wir sind hier in Deutschland!“

Aussage der Mitarbeiterin einer Ausländerbehörde gegenüber einer Podiumsteilnehmerin

Alltägliche Ausgrenzung

Rassistische Gewalt ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele Flüchtlinge, MigrantInnen und schwarze Deutsche sind in ihrem Alltag mit rassistischen Beleidigungen, Diskriminierungen und Ablehnung konfrontiert – in der Schule, am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, auf der Straße und in öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei Behördenbesuchen. Gerade weil diese Erfahrungen ihr Leben erheblich beeinträchtigen, erwies sich die Erstausführung des Kurzfilms von „Geschlossene Gesellschaft: Integration in Burg“ als guter Einstieg in die Konferenz, da die im Film interviewten MigrantInnen durchaus auch ironisch über ihre Erfahrungen mit Alltagsrassismus in einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt berichten und damit viele Anknüpfungspunkte für die KonferenzteilnehmerInnen boten.

Die ExpertInnen-Inputs und Arbeitsgruppen zu den Komplexen, „Rassismus im Alltag“, „Residenzpflicht und rassistische Polizeikontrollen“ und „Leben im Lager“ sprachen dann ganz unterschiedliche Ebenen an: Dr.

Manuela Bojadzijeve, Mitbegründerin von Kanak Attak, verwies auf die individuelle und kollektive Stärke von MigrantInnen und

„Als ich an eine Schule ging, wurde ich von Kindern, die auf dem Hof standen, mit „Neger“ beschimpft.“

ein Konferenzteilnehmer

Flüchtlingen. Nicht nur seien deren Lebenswege ein Ausdruck dieser Stärke; sondern auch deren lange Tradition, sich in soziale Kämpfe und Bewegungen mit eigenen Forderungen einzumischen. Eng damit verbunden sei die Notwendigkeit, das Recht auf gesellschaftliche und politische Teilhabe und damit tatsächlich gleiche Rechte einzufordern. Auch Joseph Fofanah von der Gruppe der BürgerInnen aus Sierra Leone betonte die lange Tradition schwarzer Deutscher und eingewanderter Männer und Frauen aus afrikanischen Staaten, sich gegen alltäglichen und institutionellen Rassismus zur Wehr zu setzen.

Die erarbeiteten Forderungen in den anschließenden Foren wurden auf dem Abschlusspodium mit VertreterInnen der Landesregierung – Innenstaatssekretär Rüdiger Erben (SPD) und der Integrationsbeauftragten Susi Möbbeck – von den migrantischen PodiumsteilnehmerInnen immer wieder als Diskussionspunkte eingebracht. Sie forderten neben „gleichen Rechten für alle“: ange-

„Stell dir vor, du betrittst eine Kneipe oder ein Cafe, setzt dich hin und alle anderen stehen auf und setzen sich weiter weg. Das ist mir nicht nur einmal passiert. Man hat echt keine Lust mehr, irgendwo rein zugehen.“

ein Konferenzteilnehmer

messene Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus, interkulturelle und menschenrechtsorientierter Pädagogik in Kitas und Grundschulen, die Abschaffung der Residenzpflicht und zeitliche Begrenzung von Unterbringungen in Heimen und Lagern sowie ein Bleiberecht für Opfer rechter und rassistischer Gewalt.

Nach rassistischem Überfall: Solidarität ist notwendig

Am 24. Mai 2008 wurde Aliou S. aus Zentralafrika gemeinsam mit einem Freund aus Saudi-Arabien Opfer eines schweren rassistischen Angriffs in Burg bei Magdeburg. Eine Gruppe von zehn Rechten beleidigte ihn vor der Diskothek „Night Fly“ u.a. als „Scheiß-Neger“ und griff ihn dann an. Aliou S. gelang es, mit einem Handy den Notruf der Polizei zu verständigen. Als zwei Beamte nach etwa zehn Minuten mit einem Streifenwagen am Tatort eintrafen – die örtliche Polizeiwache ist ca. 100 Meter vom Tatort entfernt – waren die Angreifer noch vor Ort und riefen weiter rassistische Parolen. Anstatt deren Personalien aufzunehmen, brachten sie Aliou S. und seinen Freund ins Krankenhaus und weigerten sich anschließend sogar, eine Anzeige aufzunehmen. 15 Monate nach der Tat ist noch keine Anklage erhoben worden; lediglich ein mutmaßlicher Tatbeteiligter muss bislang überhaupt mit einer gerichtlichen Strafverfolgung rechnen.

Der Angriff hatte für Aliou S., der vor knapp acht Jahren als Asylsuchender nach Deutschland kam und seit der Ablehnung seines Asylanspruchs „geduldet“ wird, erhebliche Konsequenzen: Ärztliche Gutachten bescheinigen ihm eine posttraumatische Belastungsstörung. Die erlittene Gewalt war die Spitze des Eisberges von jahrelang ertragenen rassistischen Beleidigungen, Ausgrenzung und offener Ablehnung. Lange Zeit verließ er das Flüchtlingsheim in Burg so selten wie möglich, weil er ständig damit rechnen musste, seinen Angreifern zu begegnen. Ein Umverteilungsantrag nach Magdeburg blieb über ein halbes Jahr unbeantwortet und wurde dann abgelehnt. Im Juni 2009 drohte zusätzlich die Abschiebung.

Mit Hilfe der Mobilien Opferberatung wandte sich Aliou S. sowohl an Vertreter der Landesregierung als auch an die Öffentlichkeit. Einen Aufruf mit der Bitte um Unterstützung für seinen Wunsch nach einer Umverteilung nach Magdeburg und einem Bleiberecht als Opfer rassistischer Gewalt an Innenminister Holger Hövelmann (SPD) unterzeichneten innerhalb kürzester Zeit mehr als 200 Einzelpersonen und Initiativen. Diese direkte Solidarität zeigte unmittelbaren Erfolg: Aliou S. darf nach einer Intervention des Innenministers nun vorerst bis zum Ende des Strafverfahrens gegen die Täter in Deutschland bleiben. Anfang Juli konnte er endlich aus Burg wegziehen.

Doch die konkreten Lebensumstände von Aliou S. bleiben schwierig. In Magdeburg lebt er in einem 5-Personen-Zimmer in einem Flüchtlingsheim: ein Leben in bedrängender Enge, Lärm, Unruhe und ohne Privatsphäre. Unter diesen Umständen kann Aliou S. sich nicht von den Folgen des Angriffs erholen. Die Mobile Opferberatung hat nun zu Spenden aufgerufen, um Aliou S. bis zur Entscheidung über seinen Antrag auf dezentrale Unterbringung in einer Wohnung einen Rückzugsraum jenseits des Heimalltags zu ermöglichen. Vielen Dank an dieser Stelle auch im Namen von Aliou S. an die Menschen, die bereits mit ihrer Spende praktische Unterstützung geleistet haben. Aliou S. benötigt ein Bleiberecht als Opfer einer rassistischen Gewalttat, um seine traumatischen Erfahrungen verarbeiten und eine Lebensperspektive aufbauen zu können. Das wäre auch eine klare Antwort auf das Ziel der Täter, MigrantInnen und Flüchtlinge gewaltsam aus Deutschland zu vertreiben. ■

30. Juni/Gardelegen (Altmark)

Am späten Abend kommt es auf dem Rathausplatz zu Pöbeleien zwischen rechten und alternativen Jugendlichen. Letztere spielen Musik ab, die sich gegen Nazis ausspricht. In der Folge greifen mehrere Rechte die Gruppe an und verletzen zwei von ihnen durch Reizgas so schwer an den Augen, dass beide in einer Klinik behandelt werden müssen. Die Polizei kann am Folgetag drei tatverdächtige Angehörige der rechten Szene ermitteln.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Sie können einen Rückzugsraum für Aliou S. mit einer monatlichen oder einmaligen Spende ermöglichen:

Miteinander e.V.

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

Verwendungszweck: Aliou S. – Patenschaften

mit Vermerk: einmalig/monatlich

Konto-Nr.: 53 53 53

BLZ: 810 205 00

Spenden an den Opferfonds sind steuerlich abzugsfähig.

Auf Wunsch halten wir Sie gerne per E-mail über den weiteren Fortgang auf dem Laufenden, wenn Sie uns eine E-mail schicken an:

opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Miteinander e.V. feiert Jubiläum

Am Mittwoch, den **7. Oktober 2009**, feiert der Verein Miteinander sein zehnjähriges Jubiläum. Hans-Jochen Tschiche, seit der Gründung ehrenamtlicher Vereinsvorsitzender, schreibt dazu: „Zehn Jahre Miteinander e.V.: Das sind Höhen und Tiefen, Erfreuliches und Frustrierendes, hohe Ziele, zähes Aushalten und oft nachhaltiger Erfolg.“ Der Verein wurde 1999 als Reaktion auf den Wahlerfolg der DVU und den Einzug der rechtsextremen Partei in den Magdeburger Landtag gegründet. Seitdem gehört die Vernetzung von und Bildungsarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt zu den Kerntätigkeiten des Vereins.

Das Programm zum Jubiläum umfasst: Premiere eines Films über den Verein, Impulsreferat des Kultusministers Jan-Hendrik Olbertz (parteilos), eine Diskussion über die Perspektiven der Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt u.a. mit dem Journalisten Toralf Staud, Anetta Kahane (Amadeu-Antonio-Stiftung) und dem Landtagsabgeordneten Markus Kurze (CDU) sowie eine Kunstauktion und eine Party.

Anmeldung und Informationen unter:
Telefon 0391 – 62 07 73 oder
per E-mail net.gs@miteinander-ev.de

DVD „Geschlossene Gesellschaft: Integration in Burg?“

Knapp 25.000 EinwohnerInnen hat die Stadt Burg bei Magdeburg noch; weniger als zwei Prozent sind offiziell nicht-deutscher Herkunft. Sie kommen aus dem Irak, aus Ländern der Sub-Sahara-Zone, aus dem Nahen Osten oder Indien und Pakistan. Einige sind Geschäftsleute mit einem Lebensmittelladen oder einem Imbiss, andere sind Kulturschaffende und PädagogInnen. Einige MigrantInnen wohnen in eigenen Wohnungen; viele Flüchtlinge leben in einem baufälligen Heim am Rande der Stadt. Unabhängig vom ausländischen Status und der Herkunft gibt es eine Gemeinsamkeit: die Erfahrung von Rassismus und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Zugespitzt in Form von rassistischer und rechtsextremer Gewalt; im Alltag häufig durch beleidigende Sprüche auf der Straße, im Klassenzimmer oder am Arbeitsplatz.

Der Film „Geschlossene Gesellschaft: Integration in Burg?“ befragt junge und ältere MigrantInnen und Flüchtlinge sowie BewohnerInnen und BehördenvertreterInnen der Stadt: Wie sieht Integration im Alltag einer proletarisch geprägten Kleinstadt wirklich aus? Welche Stereotypen werden weiter getragen? Welche Überlebens- und Vermeidungsstrategien haben die Betroffenen entwickelt? Schnell wird deutlich, dass Burg jede kleine Stadt in den neuen Bundesländern sein kann – und dass auch Humor zu den Überlebensstrategien von Betroffenen rassistischer Ausgrenzung gehört.

Die DVD eignet sich für Workshops und den Unterricht und kann gegen einen Unkostenbeitrag von 5 Euro bei der Mobilien Opferberatung bestellt werden:
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der Opferfonds bei Miteinander e.V. zur Verfügung. Anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 wurde der „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt“ ins Leben gerufen. Seitdem erhielten über einhundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),
Haidy Damm

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert durch:



im Rahmen des Bundesprogramms



mit Mitteln des Landes

